

# Olaf Lies

Mitglied des Niedersächsischen Landtages

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender im Niedersächsischen Landtag  
Stellv. Landesvorsitzender SPD-Niedersachsen  
Kreisverbandsvorsitzender Friesland



**Landtag**  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: (0511) 3030 – 3139  
olaf.lies@lt.niedersachsen.de

**Wahlkreisbüro**  
Rathausplatz 14  
26382 Wilhelmshaven  
Tel.: (04421) 77919-10  
Fax: (04421) 77919-20  
info@olaf-lies.de

## Pressemitteilung

**Abgeordnetenbüro Hannover**  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: (01578) 7258056  
buero-hannover@olaf-lies.de

**privat**  
Tichelboeweg 18  
26452 Sande  
Tel.: (04422) 99 19 77  
Mob.: (0171) 7 40 65 93

[www.olaf-lies.de](http://www.olaf-lies.de)

27. Juni 2012/Li

### **Kreistag in Friesland soll klares Bekenntnis zur Wasser- und Schifffahrtsverwaltung geben**

Lies bringt Resolution für den Erhalt einer funktionierenden WSV auf den Weg

„Die Schwarz-Gelb Bundesregierung gräbt der WSV das Wasser ab“, so kritisiert Frieslands SPD-Landtagsabgeordneter und Vize-Landeschef der Partei die geplante Reform. „Dabei hatte die Bundesregierung in den vergangenen Monaten stets bestritten, dass die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) zerschlagen werden soll. Doch nun haben wir es Schwarz auf Weiß.“ Der fünfte und abschließende Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), der jetzt vorliegt, bestätigt alle bisher geäußerten Befürchtungen. „Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer plant massive Einschränkungen bei den Wasserwegen und einen Radikalumbau der WSV. Das alles droht zu Lasten unserer Küstenregion zu gehen“, befürchtet Lies. Und er befürchtet, dass dies auch negative Folgen für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze vor Ort haben wird. „Ich bin nur froh darüber, dass es nicht gelungen ist dieses Thema noch vor der Sommerpause des Parlaments zu erledigen. Wir müssen gemeinsam jetzt unsere Interessen deutlich machen. Eine Konzentration der wesentlichen Aufgaben im küstenfernen Bonn ist absurd.“ Aus diesem Grund hat Lies jetzt eine entsprechende Resolution für den Erhalt der Standorte Aurich und Wilhelmshaven mit den dort angesiedelten Aufgaben auf den Weg gebracht.

Kern der Regierungspläne ist, dass eine neue „Generaldirektion für Wasserstraßen und Schifffahrt“ mit Sitz in Bonn soll die Aufgaben der heutigen Wasser- und Schifffahrtsdirektionen in Kiel, Aurich, Hannover, Münster, Mainz, Würzburg und Magdeburg übernehmen. „Unsere Standorte werden damit mittelfristig ausgehöhlt und nurmehr als Außenstellen der neuen Generaldirektion fungieren. Das dürfen wir für Aurich und auch für Wilhelmshaven nicht zulassen“, so Lies. Er ist sicher, dass das damit in Bonn ein bürokratischer Flaschenhals der Entscheidungen entsteht. Während für die Generaldirektion 400 neue Stellen geplant sind, verlieren die

Standorte vor Ort ihre Funktion als Anlaufstelle für die regionale Wirtschaft, für Länder und Kommunen. „Was für eine absurde Entscheidung, dass künftig am Mittelrhein entschieden werden soll, was an der Nordsee richtig ist.“

Zusammen mit den Umbauplänen für die WSV präsentiert das BMVBS ein unausgewogenes Konzept für die Neukategorisierung der Wasserstraßen. Die knappen Haushaltsmittel sollen nach dem Willen der Koalitionäre künftig auf jene Wasserwege konzentriert werden, bei denen schon heute ein großes Güterverkehrsaufkommen besteht. Damit werden alle anderen wichtigen Schifffahrtswege einfach aufs Abstellgleis geschoben. Von den Plänen sind insbesondere die Küstenländer betroffen. Viele ihrer Wasserwege sollen in ihrer Bedeutung für den Gütertransport herabgestuft werden – es droht die Zweitklassigkeit. Gemäß den aktuellen Plänen wären an der Nordseeküste nur die Elbe von der Mündung bis nach Lauenburg sowie die Außenweser von der Mündung bis nach Bremerhaven als Vorrangwasserstraßen der Kategorie A eingestuft, nicht aber Unter- und Mittelweser und Ems. Lies kritisiert, dass die jetzigen Umbaupläne entscheidend vom kleinen Koalitionspartner FDP vorangetrieben werden. „Die FDP setzt auch in der Verkehrspolitik auf eine radikale Marktstrategie und eine Privatisierung von Aufgaben. Sie wollen weite Teile der bisher von der WSV wahrgenommenen Tätigkeiten an private Unternehmen vergeben. „Wir werden weiter versuchen diesen Weg zu verhindern. Wir treten ein für eine kompetente und kundennahe WSV. Die Beschäftigten vor Ort leisten gute Arbeit und brauchen unsere Solidarität“, so Lies.

# **Für den Erhalt einer funktionierenden Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Wilhelmshaven und Aurich**

## **RESOLUTION DES KREISTAGES FRIESLAND**

**Mit dem geplanten Radikalumbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) gefährdet die Bundesregierung Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Entwicklung in der Küstenregion**

Die Mitglieder des **Kreistages des Landkreises Friesland** fordern die Bundesregierung auf, von den Plänen für eine Kategorisierung der Bundeswasserstraßen und einen Radikalumbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) Abstand zu nehmen.

Die nun von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer vorgelegten Pläne ignorieren die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bundeswasserstraßen und ihre Rolle für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Nur mit einer gut ausgestatteten WSV sind die wirtschaftlichen und touristischen Potenziale der Binnen- und Seewasserstraßen in Deutschland zu entwickeln. Die seit 20 Monaten geführte Diskussion um Netzkategorisierung und WSV-Umbau hat zu massiver Verunsicherung bei der Binnenschifffahrt und der verladenden Wirtschaft geführt; Investitionsentscheidungen wurden in erheblichem Umfang zurückgestellt.

Die Bundesregierung plant, einen Großteil der bisher von der WSV wahrgenommenen Aufgaben an private Unternehmen zu vergeben. Doch das von ihr vorgebrachte Kosten-Argument läuft ins Leere: Schließlich musste die Bundesregierung selbst einräumen, dass die zu erfüllenden Aufgaben dadurch zum Teil erheblich verteuert werden. Ein weiterer Ausbau der Vergabe würde die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung immens schwächen und zu einer massiven Abwanderung von Fachkräften führen. Dabei sorgt gerade die große Sachkenntnis und der engagierte Einsatz der Kolleginnen und Kollegen vor Ort dafür, dass die Wasserstraße ihre Vorteile für den Gütertransport nutzen und die Schifffahrt ihre Transportleistung sicher, leise, kostengünstig und umweltfreundlich erfüllen kann.

Die jetzigen Pläne würden die Entwicklung des Wasserstraßennetzes behindern, die Verkehrssicherheit gefährden und die Nutzung der Wasserwege teurer machen – zum Schaden unserer Umwelt, zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit des Verkehrsträgers Wasserstraße und auf Kosten Tausender von Arbeitsplätzen. Sie müssen daher verhindert werden!

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für folgende Ziele einzusetzen:

- einen transparenten Dialog zur Modernisierung der WSV zu führen und alle wesentlichen Ergebnisse der umfangreichen Studien als Entscheidungsgrundlage vorzulegen, bevor abschließende Festlegungen zur Organisation der Verwaltung getroffen werden;
- die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in **Wilhelmshaven und Aurich** in ihrer Funktionalität und Aufgabenstellung zu erhalten;
- umgehend einen Netzzustandsbericht zu den Wasserstraßen vorzulegen und für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Bundeswasserstraßen mit Haushaltsmitteln zu sorgen.